

Rettet die Marktwirtschaft!

Autor(en): **Vontobel, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **27 (2007)**

Heft 52

PDF erstellt am: **31.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652034>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rettet die Marktwirtschaft!

Das Bürgergeld ist wieder zu einem Thema geworden. Doch was genau ist ein Bürgergeld? Am besten erklärt man sich dieses Instrument als Fortsetzung des Sozialstaats mit andern Mitteln: Statt unterschiedliche Versicherungssysteme für Arbeitslosigkeit, Invalidität und Alter zu unterhalten, wirft man alles in einen Topf und zahlt jedem Bürger unabhängig von der Lebenslage und vom Markteinkommen eine einheitliche Summe, wobei das Alter (Kind oder Erwachsener) das einzige Differenzierungsmerkmal ist.

Ein Bürgergeld käme somit einem Generalumbau der Sozialwerke gleich und wird deshalb auch von bürgerlicher Seite oft so gerechtfertigt: Die Sozialwerke stecken in einer Krise bzw. sind «nicht mehr finanzierbar» und müssen deshalb neu erfunden werden. Für die Linke ist dies zugleich auch ein Grund zum Misstrauen. Sie befürchtet – wohl nicht ganz zuunrecht – dass das „Modell Bürgergeld« (vgl. auch Beck 1999) auf halben Weg steckenbleibt, und in letzter Konsequenz zu einem massiven Abbau des Sozialstaates führt.

Doch sind unsere Sozialsysteme wirklich so krank? Sind sie tatsächlich unfinanzierbar geworden? Warum sollte sich eine hochproduktive Wirtschaft nicht auch ein seiner Produktivkraft entsprechendes Sicherheitsnetz leisten können? Oder sind die diversen Probleme und Problemchen des Sozialstaates nicht vielmehr Symptome eines viel tieferliegenden Problems? Wenn ja, müsste man zunächst einmal dieses Problem erkennen und lösen.

Dieses grössere Problem liegt simpel gesagt darin, dass uns die Arbeit ausgeht, bzw. dass fast niemand diese Tatsache wahrhaben will, und dass alle Regierungen (allen voran die SPD) der Illusion nachhängen, dass der Staat «Arbeit schaffen» oder «Leute in Arbeit» bringen könne, wo es doch bei nüchterner Betrachtung nur darum gehen kann, dass alle nur so wenig Arbeiten leisten sollen, wie sie mit ihrem Konsum selbst beanspruchen. Oder normativ gesagt: Jede und jeder sollen nur für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen und nicht noch dem Nachbarn die Arbeit wegnehmen, indem sie mehr Arbeit anbieten, als sie durch ihren Konsum insgesamt beanspruchen.

Plakativ ausgedrückt besteht unser Problem darin, dass wir versuchen, unsere veraltete, aber gewohnte 40-Stundengesellschaft mit einer modernen 25-Stundenwirtschaft zu kombinieren. Dieser von fast allen Parteien vertretene Strukturkonservatismus hat es geschafft, sich in das Gewand der Moderne zu kleiden: Die Globalisierung, der Standortwettbewerb, die Konkurrenz der Billiglohnländer usw. zwingen uns, härter und länger zu arbeiten. Mehr Arbeit könne nur um den Preis billiger Arbeit geschaffen

werden. Eine Angleichung unserer Löhne an die der Billiglohnländer sei unausweichlich. Das sind alles blosser Schutzbehauptungen, die sowohl den Fakten als auch der elementaren ökonomischen Theorie, so wie sie überall propagiert, aber offenbar nicht verstanden wird, widersprechen. Zunächst zu den Fakten:

Seit mehr als 100 Jahren geht die Arbeitszeit pro Kopf der Bevölkerung (bzw. pro Konsumeinheit) laufend zurück. Professor Angus Maddison (Groningen Growth and Development Center/GGDC) hat in seinem Grundlagenwerk „The World Economy. A Millennial Perspective“ die langfristigen Trends zusammengetragen. Seine Zeitreihen zeigen einen kontinuierlichen Abwärtstrend seit 1870. Damals wurden in zwölf westeuropäischen Industriestaaten im gewogenen Mittel noch 1295 Jahresstunden gearbeitet. 1998 waren es nur noch 682 Stunden. In Schnitt entspricht das einem jährlichen Rückgang um 0,5 Prozent.

Dieser Trend blieb auch in jüngster Vergangenheit ungebrochen. Hier ein paar Zahlen. Die Arbeitszeit pro Kopf der Bevölkerung hat sich in den wichtigsten Industrieländern wie folgt entwickelt:

Schweiz: 1991: 946 Stunden, 2006: 856 Stunden, Rückgang pro Jahr: 0,7 Prozent.

Deutschland: 1991: 747 Stunden, 2006: 678 Stunden, Rückgang pro Jahr: 0,6 Prozent.

Österreich: 1991: 782 Stunden, 2006: 713 Stunden, Rückgang pro Jahr: 0,6 Prozent.

Frankreich: 1991: 680 Stunden, 2006: 633 Stunden, Rückgang pro Jahr: 0,5 Prozent.

Schweden: 1991: 794 Stunden, 2006: 748 Stunden, Rückgang pro Jahr 0,4 Prozent.

USA: 1998: 913 Stunden, 2006: 874 Stunden, Rückgang pro Jahr: 0,3 Prozent.

Nun zur Theorie: Der Rückgang der Arbeitszeit ist genau das, was man aufgrund der allgemein akzeptierten ökonomischen Lehrbuchtheorie erwarten muss: Danach ist der Mensch ein Nutzenmaximierer, der möglichst viel konsumieren und dabei möglichst wenig arbeiten will. Er wird also Arbeit, Konsum und Freizeit maximieren. Wenn also die Produktivität pro Arbeitsstunden steigt (beispielsweise um 2 Prozent), wird der Arbeitnehmer wie aus dem Lehrbuch der klassischen und neoklassischen Ökonomie gleichzeitig mehr konsumieren und weniger arbeiten. Dass die Unternehmer ihre Kosten laufend senken, also möglichst wenig Arbeit nachfragen, ist ohnehin klar.

Diese individuelle Nutzenmaximierung stellt sich auf der volkswirtschaftlichen Ebene etwas komplexer dar. Hier sind die Fakten: In der Schweiz hat sich die Produktivität pro Arbeitsstunde zwischen 1991 bis

2006 im Jahresmittel um 1,6 Prozent erhöht. Davon ist nur knapp ein Drittel, also 0,5 Prozentpunkte, für zusätzlichen Konsum pro Kopf (bzw. für Realloohnerhöhungen) verwendet worden. 0,4 Prozent wurden in die Verkürzung der Arbeitszeit pro Beschäftigten verwendet. Es bleibt ein Rest von 0,7 Prozentpunkten, der wie folgt verwendet worden ist: 0,3 Prozent gingen in die Zunahme der Arbeitslosigkeit bzw. Rückzug aus dem Arbeitsmarkt und 0,3 Prozent flossen in die Zunahme des Exportüberschusses. Man kann auch sagen, dass die Schweiz Arbeitslosigkeit exportiert habe.

In Deutschland zeigte sich ein ähnliches Bild: Die Arbeitsproduktivität pro Stunde ist pro Jahr um 2,1 Prozent gestiegen, davon ist jedoch nur 0,4 Prozentpunkte (also rund ein Viertel) für zusätzlichen Konsum verwendet worden. 0,5 Prozentpunkte wurden für die Reduktion der Arbeitszeit pro Beschäftigten verwendet. 0,7 Prozent gingen in die Zunahme des Exportüberschusses und der ungenutzte Rest von 0,5 Prozent verpuffte in Arbeitslosigkeit und mehr oder weniger unfreiwilligem Rückzug aus dem Arbeitsmarkt.

In Österreich hat die Aufteilung des Produktivitätsfortschritts in Konsum und Freizeit besser geklappt. Die Produktivität ist (immer im Zeitraum 1991 bis 2005) um nicht weniger als 2,7 Prozent gestiegen. Die Arbeitszeit pro Beschäftigten hat jährlich um 0,8 Prozent abgenommen und der Konsum (bzw. das BIP) pro Kopf ist um 1,7 Prozent gewachsen und rund 0,2 Prozent des Produktivitätswachstums sind für die Zunahme des Exportüberschusses verwendet worden.

In Frankreich haben die Produktivität pro Arbeitsstunde um 2 und der Konsum pro Kopf um etwa 1,5 Prozent jährlich zugenommen. Die Arbeitszeit pro Kopf ging um 0,6 Prozent zurück. Dadurch blieb die Arbeitslosenquote in etwa konstant. Auch die Aussenhandelsbilanz hat sich nicht gross verändert.

Die Arbeit nimmt also längerfristig ab. Auf kürzere Frist betrachtet, kann das auch anders aussehen. In konjunkturellen Aufschwüngen hat die Arbeit pro Kopf immer wieder mal zugenommen. Doch noch nicht einmal das ist sicher. In der Schweiz etwa ist das Arbeitsvolumen pro Kopf sogar in den Wachstumsjahren bis 2006 leicht geschrumpft. Grundsätzlich ist es jedoch möglich, mit einer geschickten Wirtschaftspolitik kurzfristig mehr Arbeit zu schaffen. Das ist vielleicht der Grund, warum die Wirtschaftspolitiker nicht begreifen wollen, dass die Arbeit längerfristig nicht vermehrt werden kann.

Und auch nicht soll: Die Reduktion der Arbeitszeit ist der eigentliche Zweck jeder Marktwirtschaft. Die ganze Wettbewerbslogik zielt darauf, Arbeit möglichst überflüssig zu machen. Die Zeitungen sind voll von Meldungen über Personalabbau. Ein nach Lehrbuch funktionierender Markt würde allerdings auch dafür sorgen, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur soviel Arbeit anbieten, wie sie für ihre Konsumbedürfnisse brauchen, nicht weniger, aber vor allem auch nicht mehr.

Genau hier liegt das Problem der real-existierenden Marktwirtschaft. Anders als im Lehrbuch ist Arbeit in Wirklichkeit kein notwendiges Übel, sondern Lebensinhalt, ein Mittel für Selbstverwirklichung. Arbeit bringt nicht nur Lohn, sondern auch Anerkennung, Prestige und soziale Integration. Anders als im Lehrbuch, bemisst sich die Menge der angebotenen Arbeit nicht nach dem Ausmass des beabsichtigten Konsums, sondern nach sozialen Normen und nach den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen. Das Problem ist nicht neu. Die Arbeitnehmer bieten auch deshalb tendenziell eher zuviel Arbeit an, weil sie Reserven für die Wechselfälle des Lebens schaffen wollen, für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Scheidung usw. Ein gut ausgebauter Sozialstaat ist deshalb eine Voraussetzung dafür, dass die Marktwirtschaft wenigstens einigermaßen so funktioniert, wie es das Lehrbuch vorschreibt.

Für die Fundis der Marktwirtschaft ist das schwer zu begreifen. Sie glauben, dass der reine Markt ohne Krücken gehen kann und verteufeln jede Abweichung vom Lehrbuch. Sie ahnen zwar dumpf, dass das Hauptproblem der Marktwirtschaft in der Tat auf dem Arbeitsmarkt liegt, aber sie suchen die Lösung in der falschen Richtung: Sie wollen mit einer Flexibilisierung der Arbeitsmärkte die Arbeitnehmer zwingen, mehr Arbeit zu tieferen Löhnen anzubieten. Zu diesem Zweck wollen sie unter anderem den finanziellen und psychischen Druck auf die Arbeitslosen vergrössern. Dieser Versuch, die Arbeit billig zu machen, führt letztlich zur Abschaffung der Marktwirtschaft und der Demokratie bzw. der bürgerlichen Freiheiten. Diese Prozesse sind bereits weit fortgeschritten. Die Symptome sind längst sichtbar: Lohndruck, explodierende Gewinne, Umverteilung, Stress und eine schleichende Verstaatlichung bzw. Dreiteilung des Arbeitsmarktes.

Ganz *unten* sind die prekären Jobs. In Deutschland sind inzwischen rund 15 Prozent aller Jobs auf die eine oder andere Art staatlich bezuschusst. Die Wirtschaft gewöhnt sich immer mehr daran, Arbeitnehmer zu Löhnen unter dem Existenzminimum zu beschäftigen. Das Gegenstück dazu ist eine staatliche Bürokratie, die darüber bestimmt, welche Bedürfnisse gedeckt werden sollen, bzw. welche und wieviel Arbeit den Empfängern staatlicher Zuschüsse zustehen.

In der *Mitte* steht die noch immer relativ breite Schicht der Inhaber von „Normaljobs“, die aber ständig in Gefahr sind, in die untere Schicht abzugleiten, und deren Löhne deshalb ständig latent unter Druck stehen. In dieser Schicht macht sich Duckmäusertum breit.

Ganz *oben* schwimmt die Oberschicht, die sich mit den Besitzern die steigenden Gewinne teilt, die durch den Lohndruck erst ermöglicht werden. Hier tobt der sogenannte «War for Talents» (Kampf um die Talente), mit dem die teils unverschämten Saläre gerechtfertigt werden.

Die Idee und Theorie der Marktwirtschaft beruht darauf, dass niemand über eine beherrschende Marktstellung verfügt und dass die wichtigsten Ressourcen knapp sind. Nur was knapp ist, hat einen Preis. Wenn die Arbeit

als wichtigste Ressource der Wirtschaft aufhört, knapp zu sein, dann hört auch die Wirtschaft auf, Marktwirtschaft zu sein. In ähnlicher Weise beruht die Demokratie auf einem ungefähren Gleichgewicht der Kräfte. Ist dieses Gleichgewicht gestört, läuft die Demokratie Gefahr, ausgehöhlt zu werden. In der EU ist dies bereits deutlich geworden: Der Vertrag von Maastricht hat die zentralen Bestandteile der Wirtschaftspolitik, die Geld- und Fiskalpolitik an ein Expertengremium im Dienste des Kapitals – die Europäische Zentralbank – delegiert und ausgelagert.

Diese Entwicklung hat inzwischen auch einige echte Liberale auf den Plan gerufen. Sie befürchten zurecht, dass die Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt zu einem totalitären System führen, das der Staatsbürokratie eine enorme Macht über weite Teile der (Erwerbs-)Bevölkerung gibt. Zu ihnen gehört unter anderem der Ökonom Thomas Straubhaar (2007) oder der Unternehmer Götz Werner (2007). Beide haben sich in jüngster Zeit für ein Grundeinkommen stark gemacht.

Ein *Grundeinkommen* hat gegenüber dem Arbeitslosengeld oder der Earned Income Tax den entscheidenden Vorteil, dass es nicht mit dem Zwang zur Arbeit gekoppelt ist. Im Gegenteil: Ein Grundeinkommen ist ein Grund, zeitweise noch oder weniger oder nicht zu arbeiten. Es ist eine Aufforderung zur Gemütlichkeit und/oder zur Ineffizienz.

Ein Grundeinkommen ist dann ein Erfolg, wenn es dazu führt, dass alle nur noch soviel, oder eher wenig arbeiten, wie sie konsumieren (bzw. in dem Ausmass, wie sie mit ihrem Konsum die Arbeit der anderen beanspruchen). Es ist dann ein Erfolg, wenn auch die weniger Qualifizierten unzumutbare Tieflohnjobs wieder ablehnen können. Das muss nicht in Faulheit ausarten. Zum Beispiel ist es denkbar, dass jemand dank dem Grundeinkommen einem Erwerb nachgeht, der ihm oder ihr Spass macht, aber nicht allzu viel einbringt. Malen, schreiben, eine Kneippe führen usw.

Das Grundeinkommen wird dann zur Falle, wenn es dazu führt, dass breite Schichten erst recht von der (lukrativen) Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden, wenn die Zweiteilung der Gesellschaft zementiert wird. Diese Gefahr besteht. Allerdings ist diese Zweiteilung ohnehin schon weit vorangeschritten. Man kann argumentieren, dass es im Zweifelsfall weniger schlecht ist, unter dem Regime eines Bürgergeldes zum zweiten Teil der Gesellschaft zu gehören, als mit einem Arbeitslosengeld zum staatlichen Spargelstechen abkommandiert zu werden.

Gibt es Alternativen? Der deutsche Ökonom Heiner Flassbeck schlägt einen *existenzsichernden Mindestlohn* vor (2006), der auch in staatlichen Arbeitsprogrammen nicht unterboten werden darf. Daneben gibt es weiterhin die Sozialhilfe, die – wenn sie mit einem anständigen Mindestlohn gekoppelt ist – ihren Charakter ändert und sich vermehrt einem Bürgergeld angleicht, weil sie nicht mehr mit dem Zwang verbunden werden kann, jede Arbeit annehmen zu müssen. Der Mindestlohn mildert sozusagen die Zumutbarkeitskriterien, ohne sie wie beim Bürgergeld ganz aufzuheben.

Zudem ist ein existenzsichernder Mindestlohn leichter zu finanzieren und deshalb wohl politisch auch eher durchzusetzen als ein allgemeines Bürgergeld.

Doch auch ein Mindestlohn wird die Marktwirtschaft und die Demokratie nur dann retten, wenn er dazu führt, dass die Menschen insgesamt ihr Arbeitsangebot dem Konsum anpassen, wenn sie also freiwillig weniger arbeiten. Damit ist aber nur zu rechnen, wenn man ohne allzu grosse Not auch von der Sozialhilfe leben kann. So gesehen führen alle Wege irgendwie in Richtung Bürgergeld.

Literatur

Beck, Ulrich, 1999: Schöne neue Arbeitswelt. Frankfurt/M./New York

Flassbeck, Heiner, 2006: 50 einfache Dinge, die Sie über unsere Wirtschaft wissen sollten. Frankfurt/M.

Maddison, Angus, 2001: The World Economy. A Millennial Perspective. OECD

Staubhaar, Thomas, 2007: Grundeinkommen für alle. Finanz und Wirtschaft v. 17. Juni, Zürich

Werner, Götz, 2007: Einkommen für alle. Köln



Geschichte eines Fremdarbeiters aus Ligurien

Sergio Giovannelli-Blocher: **Va' pensiero.**

296 Seiten, gebunden, Fr. 35.-, € 21.-,

ISBN 978-3-85990-121-6

Kritisch, aber mit Humor und Ironie schildert Sergio Giovannelli-Blocher in seiner Autobiografie das Italien der 50er Jahre und wie er die Zeit der grossen Arbeitsmigration von Italien in die Schweiz erlebte.

Sein Lebensbericht macht exemplarisch die Zerrissenheit der Migranten zwischen zwei Ländern deutlich, aber auch den Beitrag, den sie zur Schweiz leisten und die Chancen eines offenen Zusammenlebens verschiedener Kulturen.

In jeder Buchhandlung oder direkt: **edition 8**, Postfach 3522, 8021 Zürich, info@edition8.ch www.edition8.ch

